



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 14. September 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 65 Postulat Candan Hasan und Mit. über ein gesundheitsförderndes Mikroklima in urbanen Zentren und in der Agglomeration / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Willi Knecht beantragt Ablehnung.

Hasan Candan hält an seinem Postulat fest.

Willi Knecht: Das Postulat fordert, dass eine zunehmende Versiegelung des Bodens zu stoppen sei und ein Konzept mit wirksamen Massnahmen zur Verbesserung des Mikroklimas in urbanen Zentren und Agglomerationen erstellt wird. Wieso stellt die SVP einen Ablehnungsantrag? In der Antwort schreibt die Regierung: «Zusammenfassend halten wir fest, dass wir verschiedene Massnahmen zur Minderung des Hitzeinseleffekts im Rahmen der Arbeiten im Bereich der Klimaadaptation prüfen und dabei auch Anliegen des Vorstosses aufnehmen. Den laufenden Arbeiten soll nicht mit einem separaten Konzept oder weiteren Vorgaben vorgegriffen werden.» Genau so sieht es auch die SVP-Fraktion, und darum werden wir das Postulat einstimmig ablehnen. Erstens wegen Erfüllung: Die Forderungen des Postulats werden zum Teil bereits geprüft; zweitens weil es weitere Massnahmen und ein Konzept nicht braucht, und drittens weil es auch ein Postulat auf Vorrat nicht braucht. Noch eine Empfehlung an Hasan Candan: Statt eine masslose Zuwanderung zu befürworten und somit dazu Ja zu sagen, dass in der Agglomeration alles verdichtet zuverbaut wird und Grünflächen verschwinden, wäre es besser, der Begrenzungsinitiative zuzustimmen. Mit einer massvollen Zuwanderung werden weniger Grünflächen verbaut und wird die Versiegelung des Bodens verhindert.

Hasan Candan: Hier sind wir wieder beim «Schlungg», wenn die SVP versucht, dieses Postulat mit ihrer Initiative zu verbinden. Ich danke für den Antrag der teilweisen Erheblicherklärung, aber diese reicht nicht aus. Ich bitte Sie, die Erheblicherklärung des Postulats zu unterstützen. Die zunehmende Versiegelung des Bodens ist einer der aktuellsten und wichtigsten Punkte, eine Herausforderung, die wir in Zukunft angehen müssen. Es geht nicht nur um Begrünen, sondern darum, dass wir unsere Böden wieder als Reservoir, als Wasserspeicherorte, zurückerlangen. Wenn wir das Wasser zurückhalten können, können wir die temperaturreduzierende Funktion durch die Verdunstung wiedererlangen. Sie kennen das. In der Stadt ist es im Sommer manchmal unerträglich heiss, was eine Gesundheitsgefährdung darstellt. Mit jedem Grad über 30 °C steigt die Mortalitätsrate. Wenn man dann von der Stadt in die Agglomeration oder aufs Land fährt, wird es spürbar kälter. Hier haben wir unsere Hausaufgaben noch nicht gemacht. Es reicht eben nicht aus, wenn der Regierungsrat mit dem Klimabericht argumentiert. Wir müssen jetzt schon weiter denken und ins Detail gehen und konkreter werden. Wir müssen unsere Gesetze anpassen. Hier geht es auch um das Planungs- und Baugesetz (PBG). Wir müssen Anreize setzen und Fehlanreize wieder rückgängig machen, welche die Versiegelung

vorangetrieben haben. Ich glaube auch, dass der Kanton beim Seetalplatz eine Vorbildfunktion einnehmen kann. Durch das Entsiegeln und das Vermeiden weiterer Versiegelungen können viele Kosten gespart werden, denn die Asphaltierung ist teuer. Durch mein Anliegen können Kosten gespart werden, und es kann etwas für die Natur getan und die Klimaadaptation vorangetrieben werden. Ich bitte Sie, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Thomas Meier: Gerade die Hitzesommer 2003 und 2015 haben aufgezeigt, dass bei solchen Hitzeperioden die Städte und Agglomerationen in der Nacht kaum mehr abkühlen und eine Tropennacht die andere jagt. Wie im Postulat richtig festgehalten, sind solche klimatischen Extreme gerade für die ältere Bevölkerung eine Bedrohung, und so kam es im Hitzesommer 2003 zu einer Übersterblichkeit von 1000 Personen, was viel höher ist als in der momentanen Pandemie. Es ist sicherlich nachvollziehbar, dass im Postulat mehr einheimische Baumbepflanzungen und Grünflächen und weniger Versiegelung in den Städten gefordert wird. Es ist aber zu bedenken, dass die Grünflächen und Bäume bewirtschaftet werden müssen, und ich bezweifle, dass dies so günstiger kommt als eine Asphaltierung. Entsprechend sind auch die Lärmemissionen und das Insektensterben durch Laubbläser zu berücksichtigen. Es gibt in diesem Postulat durchaus Punkte, die sympathisch sind, wie zum Beispiel die höhere Ausnützungsziffer im PBG, weniger jedoch die Bevormundung der Gestaltung des Seetalplatzes. Es ist unterstützenswert, wenn die Regierung in Aussicht stellt, dass diese durchaus positiven Punkte im Klima- und Energiebericht Aufnahme finden sollen. Die FDP-Fraktion ist einstimmig für die teilweise Erheblicherklärung.

Markus Odermatt: Es ist eine Tatsache, dass es in den Städten oft besonders heiss wird. Das liegt am sogenannten Wärmeeffekt. Beton, Asphalt und Co. speichern Sonnenwärme besonders gut und heizen die urbanen Zentren dadurch stärker auf als das Umland. Studien gehen von 3 bis 10 °C aus. Für die CVP sind stromfressende Klimaanlage zur Lösung des Problems keine Alternative. Wir sind der Meinung, dass dem Phänomen mit baulichen Massnahmen entgegengewirkt werden muss. Dabei kann durch verschiedene Eingriffe an Gebäuden und der Gestaltung von Aussenanlagen eine positive Wirkung erreicht werden. In Zukunft können Fassaden und Dächer begrünt und Baumalleen angepflanzt werden. Kühlende, fliessende Gewässer können für ein angenehmes Klima sorgen. Allerdings ist das Phänomen noch wenig erforscht, und die Unterhaltskosten werden wohl grösser werden. Gerade angesichts der globalen Erwärmung und des Bevölkerungswachstums werden solche Ansätze immer wichtiger. Mit der Genehmigung des Biodiversitätsberichtes haben wir die Möglichkeit geschaffen, Biodiversitätsflächen in Siedlungsgebieten auszuscheiden. Dies fördert nicht nur die Biodiversität, sondern kann auch zu einem angenehmeren Klima führen. Wir teilen die Auffassung der Regierung, dass diesem Thema vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Im Augenblick sehen wir aber keine zusätzlichen Konzepte oder Berichte, welche neu erstellt werden müssen. Es sind eher raumplanerische Massnahmen, welche ein Teil der Lösung des Problems sein könnten. Wir warten auf den Klimabericht der Regierung und werden uns dann diesem Thema widmen. Die CVP-Fraktion unterstützt die teilweise Erheblicherklärung.

Korintha Bärtsch: Ich war sehr gespannt zu hören, welche Argumente Willi Knecht für seinen Ablehnungsantrag vorbringt. Ich konnte mir keine vorstellen, da die regierungsrätliche Antwort doch sehr einleuchtend ist. Eine Ablehnung wegen Erfüllung erschliesst sich mir immer noch nicht. Ich habe das Gefühl, dass man auch ein erfülltes Postulat überweisen und dann abschreiben kann. Willi Knecht sagt, er findet die Behandlung im Klimabericht gut. Vielleicht ist dies so, weil er als Landbewohner weniger von Hitzewellen betroffen ist als die Stadtbewohner. Was kann der Kanton Luzern nebst den Gemeinden machen, die für den Vollzug bezüglich Versiegelung und Hitze zuständig sind? Die Klimaangepasstung bei diesen beiden Themen ist ein Querschnittsthema. Es sind zahlreiche Bereiche davon betroffen: das PBG, der Biodiversitätsbericht, wahrscheinlich auch der Richtplan, die Siedlungsentwässerung usw. Diese müssen übergeordnet angeschaut werden. Nicht nur die Städte und die Agglomerationen sind von diesem Thema betroffen. In Zukunft wird die Hitze

nicht nur während der Sommerferien auftreten, und auf den Schulhausplätzen gibt es viel Asphalt. Auch diese Gestaltung werden wir in Zukunft anpassen müssen. Die G/JG-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung des Postulats, weil wir Nägel mit Köpfen machen wollen. Der Klimabericht ist ein monumentales Werk, und ich bin überzeugt, dass dieser gut ausgearbeitet wird. Aber es kann nicht sein, dass in diesem Bericht noch immer stehen wird, dass man das Thema anschauen und angehen will. Wir sind der Meinung, dass man jetzt schon Massnahmen andenken und in die Wege leiten sollte.

Urs Brücker: Es ist Tatsache, dass es in dicht besiedelten Gebieten immer wärmer wird und dies mittlerweile gesundheitsgefährdende Ausmasse angenommen hat. Die Temperaturen liegen in diesen Gebieten tatsächlich viel höher als in den grüneren Regionen, und dies ist insbesondere auf die Kühl- und Schattenwirkung der Bäume und anderer Pflanzen zurückzuführen. Diese ermöglichen ein milderes Mikroklima. Ich habe erst gerade einen Vortrag von «MeteoSchweiz» zu diesem Thema gehört. In Zürich sind die Temperaturen am Tag bis zu 10 °C höher als auf dem Uetliberg und dem Zürichberg, und auch in der Nacht bleibt es bis zu 6 °C wärmer. Dies hat dazu geführt, dass raumplanerische Massnahmen ergriffen werden. An den Hängen werden die Häuser jetzt so gebaut, dass die Luftströmungen weiterhin ungehindert in die Stadt herunterziehen können. Kürzlich haben wir den Planungsbericht zur Biodiversität verabschiedet. Darin sind sieben Schwerpunkte und 20 Massnahmen zur Förderung der Biodiversität festgehalten. Einer der Schwerpunkte ist die Förderung der Biodiversität im Siedlungsraum, und ich denke, dies wird nicht ohne entsprechende Bepflanzungen und Verbesserungen des Mikroklimas gehen. Es läuft schon einiges nebst dem Klimabericht, der bereits erwähnt wurde. Dort erwarten wir bei der Adaption entsprechende Massnahmen. Die GLP-Fraktion unterstützt die dezidiert geforderten Massnahmen des Postulats wie schattenspendende Bäume und stimmt deshalb für die teilweise Erheblicherklärung.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Mehr Hitzetage und mehr Tropennächte – der Klimawandel zwingt uns langfristig, uns an die veränderten klimatischen Bedingungen anzupassen. Das Anliegen des Postulanten ist darum auch durchaus berechtigt. Es geht aber natürlich auch um die Frage, welche Staatsebene dies regeln sollte. Im Spannungsfeld der drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung gibt es die Ökonomie, die Ökologie und die Gesellschaft. Alle drei miteinander verbunden sollen optimale Rahmenbedingungen schaffen einerseits für die wirtschaftliche Entwicklung, andererseits aber auch für eine hohe Wohn- und Lebensqualität in einer intakten Umwelt im Kanton Luzern. Dass es Veränderungen wie bauliche Anpassungen braucht, ist vielerorts bekannt. Die Stadt Luzern hat eine Klimaanpassungsstrategie vorgelegt, und ich habe gelesen, dass auch die Stadt St. Gallen ein Umweltkonzept mit 52 Massnahmen erarbeitet hat. Das Klima in dicht bebauten Siedlungsräumen soll durch Bepflanzungs- und Beschattungskonzepte sowie eine optimale Durchlüftung erträglich bleiben. Die Herausforderungen sind da im städtischen und im Agglomerationsraum anders als auf der Landschaft. Darum ist es umso wichtiger, dass wir auch das AKV-Prinzip bewahren und das Subsidiaritätsprinzip beachten. Genügend Grünräume zur Verfügung zu stellen, liegt beispielsweise in der Kompetenz der Gemeinden. Auch das Thema Ver- und Entsiegelung wird in den Gemeinden geregelt. Meistens ist dies im Siedlungsentwässerungsreglement festgelegt. Man zahlt höhere Gebühren, wenn man zu viel asphaltiert, und man wird belohnt, wenn man entsiegelt. Dies ist auf Stufe der Gemeinden geregelt. Auch bei den Schulhausplätzen müssen die Gemeinden handeln und nicht der Kanton. Wir sind aber bereit, dieses wichtige Thema in unseren Planungsbericht zur Energie- und Klimapolitik aufzunehmen. Einerseits gibt es das Klimaschutzthema, hier sprechen wir aber von der Klimaadaptation. Wir haben es bereits gehört, der Klimabericht wird von Korintha Bärtsch als monumentales Werk bezeichnet. Ich kann Ihnen versprechen, dass auch die Beratung in Ihrem Rat anspruchsvoll werden wird, denn es sind viele wichtige, aber auch anspruchsvolle Themen zu behandeln. Dort werden wir über die ganzheitlichen Lösungen der Zukunft diskutieren. Ich bitte Sie, das Postulat teilweise erheblich zu erklären.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der

Erheblicherklärung vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat teilweise erheblich.